

ERGEBNIS

über die öffentliche Sitzung des Kreisausschusses des Landkreises Tirschenreuth

Sitzungstag:	11.12.2023
Sitzungsort:	Mehrzweckraum / Kleiner Sitzungssaal LRA TIR
Beginn der öffentlichen Sitzung:	15:20 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung:	16:40 Uhr

Vorsitzender:

Grillmeier Roland, Landrat

Anwesende Mitglieder:

Bayer Margit
Dutz Toni
Eibisch Ely
Grillmeier Stefan
Grundler Matthias
Klupp Hans
Roth Ulrich
Schäffler Roman
Schmidt Josef
Sommer Bernd
Stahl Franz

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Nahverkehrsplanung – Information des Verkehrsverbunds Großraum Nürnberg (VGN) zur Erstellung eines Nahverkehrsplans
2. Deutschlandticket - Erlass einer neuen Allgemeinverfügung für eine Allgemeine Vorschrift im Sinne von Artikel 3 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 über die Festsetzung des Deutschlandtickets einschließlich Ermäßigungsticket als Höchsttarif befristet bis zum 30. April 2024
3. Deutschlandticket - Abschluss von Delegationsvereinbarungen mit den Nachbarlandkreisen wegen der Abrechnung
4. Förderung des Kreislehrgartens „An der Wehrpoint“ Mitterteich durch den Landkreis Tirschenreuth – Zuschussantrag 2023 des Kreisverbandes für Gartenbau und Landespflege Tirschenreuth e. V.
5. Grenzüberschreitender Rettungsdienst Bayern/Tschechien; Antrag des Bayerischen Roten Kreuzes auf Förderung der „Koordinierungsstelle Grenzüberschreitender Rettungsdienst Bayern/Tschechien“
6. TenneT – Gleichstromtrasse Süd-Ost-Link; Resolution des Bündnisses Hamelner Erklärung e.V. – Ausgleichszahlungen für den Landkreis
7. Wirtschaftsförderung und Gründerzentrum im Landkreis Tirschenreuth GmbH; Jahresabschluss 2022
8. Information über eine Eilentscheidung des Landrats; Teilnahme am kommunalen Klimaschutz-Netzwerk zum Ausbau erneuerbarer Energien, Speicher und Netzinfrastruktur für Landkreise und Städte in Bayern
9. Bekanntgabe nichtöffentlicher Beschlüsse aus der Sitzung des Kreisausschusses vom 20.11.2023
10. Anfragen zu Landkreisangelegenheiten / Informationen – öffentlich
Information Landrat Grillmeier – Kliniken

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß geladen und die Tagesordnung mit den Unterlagen fristgerecht zugestellt wurde.

Der Vorsitzende stellt zunächst die Nichtöffentlichkeit her, da Tagesordnungspunkt 19 vorgezogen wird.

Im Anschluss an die nichtöffentliche Sitzung beginnt um 15:20 Uhr die öffentliche Sitzung.

Öffentliche Sitzung:

1. Nahverkehrsplanung – Information des Verkehrsverbunds Großraum Nürnberg (VGN) zur Erstellung eines Nahverkehrsplans

Die Mitarbeiter des VGN informieren, dass mit dem Beitritt zum VGN zum 01.01.2024 auch noch weitere Dienste in Anspruch genommen werden können. Herr Fabian Müller werde den Landkreis in Zukunft betreuen. Der Aufgabenträger des ÖPNV sei der Landkreis, weshalb dieser auch zu entscheiden hat, wie der ÖPNV vor Ort aussehen solle. Anhand seiner Präsentation (siehe anbei) stellt er kurz den Prozess über die Erstellung eines Nahverkehrsplanes vor. Zuerst werde man sich mit der Zieldefinition beschäftigen, die Rahmenbedingungen definieren, wie das Fahrplanangebot (Bus, Baxi), den Schülerverkehr. Im zweiten Schritt (Bestandsaufnahme) werde man sich anschauen, wie die Verkehrslage im Landkreis aussehe und vergleiche es mit den gesetzten Zielen. Darauf folge eine Defizitbewertung zwischen dem gewünschten Angebot und dem gesetzten Angebot. Basierend darauf werde man den Maßnahmenplan erstellen und abschließen dann die Potential- und Kostenabschätzung. Man werde einen interfraktionellen Arbeitskreis aus Vertretern der Gemeinden, der Politik und auch der Jugend bilden um die Ideen mit einzubringen den Plan zu entwickeln. Der Maßnahmenpakt des Nahverkehrsplan bilde die theoretische Grundlage für die konzeptionellen Planungsleistungen. Hier gehe es darum, wie setze ich die Ideen aus dem Nahverkehrsplan um.

Die Fraktionen befürworten die Erstellung eines Nahverkehrsplans. Sie regen an, in den Arbeitskreisen auch Jugendliche aus der Praxis mit einzubinden.

2. Deutschlandticket - Erlass einer neuen Allgemeinverfügung für eine Allgemeine Vorschrift im Sinne von Artikel 3 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 über die Festsetzung des Deutschlandtickets einschließlich Ermäßigungsticket als Höchsttarif befristet bis zum 30. April 2024

Beschluss:

Der Landkreis Tirschenreuth erlässt die in der Anlage beigefügte Allgemeinverfügung über die Festsetzung des Deutschlandtickets einschließlich Ermäßigungsticket als Höchsttarif befristet bis 30. April 2024. Die beiliegende Verfügung mit Anlagen ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis: 11:0

3. Deutschlandticket - Abschluss von Delegationsvereinbarungen mit den Nachbarlandkreisen wegen der Abrechnung

Beschluss:

Der Landrat wird ermächtigt, alle erforderlichen Delegationsvereinbarungen mit den Landkreisen Bayreuth, Neustadt/W. und Wunsiedel sowie den Städten Bayreuth und Weiden/Opf. abzuschließen und zu unterzeichnen.

Abstimmungsergebnis: 11:0

4. **Förderung des Kreislehrgartens „An der Wehrpoint“ Mitterteich durch den Landkreis Tirschenreuth – Zuschussantrag 2023 des Kreisverbandes für Gartenbau und Landespflege Tirschenreuth e. V.**

Beschluss:

Für den Kreislehrgarten Mitterteich gewährt der Kreisausschuss dem Kreisverband für Gartenbau und Landespflege Tirschenreuth als Anteil an den Investitionen und Unterhaltskosten 2023 einen Zuschuss in Höhe von 6.000 €.

Die Gewährung des Zuschusses ist mit der Bedingung verknüpft, dass der Lehrgarten wie bisher allen Landkreisbürgerinnen und -bürgern zu Informationszwecken bezüglich der naturnahen, umweltgerechten Anlage und Bewirtschaftung von Gärten zur Verfügung steht.

Abstimmungsergebnis: 11:0

5. **Grenzüberschreitender Rettungsdienst Bayern/Tschechien; Antrag des Bayerischen Roten Kreuzes auf Förderung der „Koordinierungsstelle Grenzüberschreitender Rettungsdienst Bayern/Tschechien“**

Beschluss:

Der Landkreis Tirschenreuth übernimmt die Projektkosten des Bayerischen Roten Kreuzes für die „Koordinierungsstelle Grenzüberschreitender Rettungsdienst Bayern/Tschechien“ anteilig in Höhe von 12.500 Euro und vorerst befristet auf das Jahr 2024. Die Kostenzusage gilt unter der Bedingung, dass alle 8 Grenzlandkreise dem Förderantrag zustimmen.

Abstimmungsergebnis: 11:0

6. **TenneT – Gleichstromtrasse Süd-Ost-Link; Resolution des Bündnisses Hamelner Erklärung e.V. – Ausgleichszahlungen für den Landkreis**

Beschluss:

1. Der Landkreis Tirschenreuth schließt sich der Resolution des Bündnisses Hamelner Erklärung e. V. vom 27.09.2023 (Ziffer 1 und 2 mit Erläuterungen) an und befürwortet die Einführung von Ausgleichszahlungen für Stromtrassen.

Abstimmungsergebnis: 11:0

2. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Stellungnahme zum Planfeststellungsverfahren Ausgleichszahlungen für den Landkreis Tirschenreuth für diese Gleichstromtrasse einzufordern.

Abstimmungsergebnis: 11:0

7. Wirtschaftsförderung und Gründerzentrum im Landkreis Tirschenreuth GmbH; Jahresabschluss 2022

Beschluss:

1. Für das Geschäftsjahr 2022 wird ein Jahresergebnis nach Steuern in Höhe von -80.013,19 € ausgewiesen. Dieser Fehlbetrag wird vom Landkreis Tirschenreuth ausgeglichen, so dass ein Jahresergebnis von 0,00 € entsteht.

Abstimmungsergebnis: 10:0

2. Der Kreisausschuss des Landkreises Tirschenreuth ermächtigt Herrn Landrat Roland Grillmeier in einer Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderung und Gründerzentrum im Landkreis Tirschenreuth GmbH folgende Beschlüsse zu fassen:

- 2a. Die Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderung und Gründerzentrum im Landkreis Tirschenreuth GmbH stellt den Jahresabschluss der Gesellschaft zum 31.12.2022 mit einem Ergebnis von 0 € fest.

Abstimmungsergebnis: 10:0

- 2b. Die Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderung und Gründerzentrum im Landkreis Tirschenreuth GmbH beschließt dem Geschäftsführer für das Jahr 2022 Entlastung zu erteilen.

Abstimmungsergebnis: 10:0

8. Information über eine Eilentscheidung des Landrats; Teilnahme am kommunalen Klimaschutz-Netzwerk zum Ausbau erneuerbarer Energien, Speicher und Netzinfrastruktur für Landkreise und Städte in Bayern

Von der Eilentscheidung wird Kenntnis genommen.

9. Bekanntgabe nichtöffentlicher Beschlüsse aus der Sitzung des Kreisausschusses vom 20.11.2023

1. Verlängerung Förderung (BIR) für Integrationslotsen im Landkreis Tirschenreuth

Der Kreisausschuss des Landkreises Tirschenreuth beauftragte die Verwaltung, die Förderung der Integrationslotsen für den Zeitraum 2024 bis 2026 zu beantragen.

Für die Haushaltsjahre 2024 bis 2026 sind jährlich Eigenanteile in Höhe von 35.000 Euro einzuplanen.

2. ÖPNV; Entbindung der Betriebspflicht Linie 2712 – Notvergabe ab 01.01.2024

Einer Notvergabe der Linie 2712 an die Eska Reisen wurde zugestimmt. Der beiliegende Vertrag ist, mit der Maßgabe einer Befristung auf ein Jahr, mit der Fa. Eska abzuschließen und an die Regierung zur Erteilung der Genehmigung weiterzuleiten.

3. **Neubau der staatlichen Realschule mit Dreifachturnhalle in Kemnath: Auftragsvergabe Ausschreibungspaket 14**

Der Kreisausschuss des Landkreises Tirschenreuth beschloss für den Neubau der staatlichen Realschule mit Dreifachturnhalle in Kemnath folgende Aufträge zu vergeben:

Gewerk 429-1015-0350 Mobiler Treppenteil Aula
Firma: Büttec GmbH, Industriestraße 41, 40822 Mettmann

Gewerk 429-1073-0150 Systemtrennwände
Firma: Lindner SE, Bahnhofstraße 29, 94424 Arnstorf

Gewerk 429-2070-0320 Vorhänge innen
Firma: maasberg GmbH, Gartenstraße 35, 95204 Münchberg

4. **Sanierung und Erweiterung der Dreifachturnhalle am Stiftlandgymnasium in Tirschenreuth, Auftragsvergabe Ausschreibungspaket 8**

Der Kreisausschuss des Landkreises Tirschenreuth beschloss für die Sanierung und Erweiterung der Dreifachturnhalle am Stiftlandgymnasium in Tirschenreuth folgende Aufträge zu vergeben:

Gewerk 444-1091-001 Sportboden
Firma: Eversports GmbH, Sperenbergstraße 5a, 12277 Berlin

Gewerk 44-2011-001 Sporteinbauten
Firma: Kübler Sport GmbH, Karl-Ferdinand- Braun- Straße 3, 71522 Backnang

5. **Beweidungsprojekt Wilde Weide Waldnaabaue, Modul 1 – Auftragsvergabe Zaunbau**

Landrat Grillmeier wurde ermächtigt den Auftrag für den Zaunbau im Rahmen des Beweidungsprojektes Wilde Weide Waldnaabaue ohne weitere Beteiligung des Kreisausschusses an den Bieter mit dem wirtschaftlichsten Angebot zu vergeben.

10. **Anfragen zu Landkreisangelegenheiten / Informationen – öffentlich**

Information Landrat Grillmeier – Kliniken

Der Vorsitzende informiert, dass der Kreistag des Landkreises Tirschenreuth in seiner Sitzung vom 17.11.2023 einstimmig dem Restrukturierungskonzept der Kliniken Nordoberpfalz AG zugestimmt habe. Die Zustimmung erfolgte, nachdem die Kliniken in einem Prozess, der fast 1 Jahr Zeit dauerte und viel Abstimmung bedurfte, um die Zukunft der Standorte im Hinblick auf die Krankenhausreform des Bundes und der zukünftigen Finanzierung zu ermöglichen. Viele andere Landkreise/Städte (Selb, Wunsiedel – Weilheim Schongau, usw.) würden aktuell vor der gleichen Problematik stehen. Die jetzige Krankenhauspolitik sei das Ergebnis dieser Bundes- und Länderregierungen – auch der vorherigen. Diese Politik könne weder der Landkreis, noch die Nordoberpfalz verändern. Er zeigt sich dankbar

über die Bereitschaft der Mediziner, der Bürger und der Politik hier gemeinsam sachliche Ergebnisse zu erreichen und in den Dialog einzusteigen und die Interessen des Landkreises gemeinsam in München zu vertreten. Resultierend aus bereits geführten Gesprächen in München habe er gesagt bekommen, dass die medizinische Versorgung nicht mehr in Landkreisen/Kleinräumen, sondern in Regionen stattfinden solle. Auch seien Bürger nicht mehr bereit in ihr eigenes Krankenhaus zu gehen, sondern suchen sich eines, das die besten Voraussetzungen und Behandlungen biete. In Tirschenreuth bedeute es, die Spezialisierung auf Altersmedizin, das MVZ, die ambulante Versorgung und die Notfallambulanz. In dem Dialog mit den Petitionsführern gehe es darum zu klären, was von der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum erwartet werde und was man noch mehr erreichen könne. Die Befürchtungen würden vor allem hinsichtlich der Notfallversorgung im Landkreis bestehen. Fakt sei, dass bereits jetzt größere Notfälle (Herzinfarkt, Schlaganfall, Unfälle) schon an Tirschenreuth und Kemnath vorbeigefahren werden. Große Sorge herrsche darüber, dass auch kleineren Notfällen/Unfällen zukünftig nach Weiden oder Marktretwitz gebracht werden und somit für größere Fälle nicht mehr die notwendigen Rettungsmittel zur Verfügung stehen. Diese Sorge sei mit Sicherheit auch nicht unberechtigt, so Vorsitzender Grillmeier. Sowohl die Notaufnahme in Tirschenreuth, als auch die Notaufnahme in Kemnath könne die Vorgaben der G-BA Vorschriften nicht mehr erfüllen und man erhalte somit auch keinen Sicherstellungszuschlag mehr. Notfalltransport sei keine Sache des Landkreises, sondern des Freistaates. Die Fragen, ob die Versorgung in der Region weiter gewährleistet sei und ob das Klinikum Weiden wegbrechende Betten und Stationen für die Notaufnahme erfüllen könne, habe man in zahlreichen Gesprächen (vor kurzem an die Staatssekretärin des Bundesgesundheitsministeriums) gestellt und werde das auch weiter. Man werde ein IMN-Gutachten in Auftrag geben, um all diese Fragen zu klären und auch darzustellen. Bei der Notfallambulanz müsse definiert werden, durch wen und in welchem Umfang diese betrieben werden könne (Ziel 24-Stunden-Versorgung). Bis Ende 2023 sei ein Defizit der bayerischen Krankenhäuser in Höhe von 1,8 Mrd. Euro prognostiziert. Für die Kliniken Nordoberpfalz AG bedeute es, der Ausgleich dieses Defizites (2023 voraussichtlich 15 Millionen) durch die Gesellschafter oder das Aus unserer Häuser. In den Jahren 2023 – 2026 rechnen man mit 52 Millionen Euro für die Kliniken Nordoberpfalz AG.

Die Schließung der Geburtsstation in Tirschenreuth sei unausweichlich. Hier sei man sich im Gespräch mit den Petitionsführern auch einig gewesen. Der Abgang von Dr. Rüth und der Praxis Dr. Schmid hätten weitere Probleme ergeben. So habe der Weiterbetrieb über Honorarärzte erfolgen müssen, wofür der Landkreis und die Stadt die Kosten tragen musste. Auch werde man 2023 die Mindestanzahl von 300 Geburten nicht mehr erreichen.

Zum Rückgrat des Hauses Tirschenreuth, welches im weiteren Dialog mit Stadt und Ärzten beleuchtet werden müsse, teil der Vorsitzende folgendes mit:

- Die Geriatrie/Akutgeriatrie mit insgesamt über 120 Betten bleibe. Dazu gehöre die Innere, die Altersmedizin und auch die Chirurgie. Hier müsse die Form noch definiert werden.
- Das ambulante Operieren bedarf Intensiv-, Innere- und Chirurgie-Betten. Diese Frage bleibe noch ausstehend.
- MVZ (Ärztehaus und Praxen), die zum Teil vom Klinikum betrieben werden
- die Notfallversorgung
- Der Westflügel mit der Diskussion über die Sanierung, die gemeinsam mit der Stadt geführt werde, um hier zusätzliche Versorgung bzw. medizinisches Angebot zu sichern

Er weist darauf hin, dass die Häuser des Landkreises nicht ohne das Rückgrat der Kliniken Nordoberpfalz AG bestehen können. Sein Vorschlag wäre, die Anliegen

der Bürger/Mediziner in den Dialog-Prozess mit den Beteiligten (Kliniken Nordoberpfalz AG; Petitionsführern, Bund und Land) aufzunehmen und versuchen das zu erreichen, was möglich ist.

KR Sommer bedankt sich für das konstruktive Gespräch mit den Notärzten. Er bittet, diesen „runden Tisch“ auch weiterhin fortzuführen, nicht nur für den Bereich Notfallversorgung, sondern auch für andere medizinische Themen. Er berichtet von einem erarbeiteten Fragenkatalog von ihm und KR Grundler, mit viele Fragen, die die Menschen bewegen. Man werde diesen Katalog an den Landrat weitergeben mit der Bitte, diese auch nach außen öffentlich beantworten. Der Landkreis und die beiden Gesellschafter seien aufgefordert, alles Notwendige zu tun, um eine Insolvenz zu vermeiden. Er fordert, das Ergebnis des INM-Gutachten abzuwarten, bis man im Bereich Notfallversorgung etwas verändere. Auch in Kemnath solle man abwarten, bis die Richtung der Reform klar wäre.

KR Klupp teilt mit, dass man vom Freistaat ein Konzept der Krankenhausplanung mit den Strukturänderungen einfordern müsse. Auch aus seiner Sicht sei das gemeinsamen bemühen mit den Ärzten, Krankenkassen, der Kliniken Nordoberpfalz AG, der Politik und der Bürger notwendig.

KR Roth betont die gute Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen hinsichtlich dieses Themas. Es gehe hier nicht nur um die Finanzierung, sondern die Bevölkerung erwarte eine auskömmliche Gesundheitsversorgung. Im Rahmen einer Demonstration wäre es nicht möglich gewesen, die Situation genau darzustellen und zu erklären, daher sei das Gespräch mit den Fraktionen und den Initiatoren des Protestes ein wichtiger Schritt gewesen. Das Bestreben des Landkreises müsse sein, so viel wie möglich zu erhalten.

Lt. Landrat kann der Bund die Reform alleine beschließen. Der Referentenentwurf sei aber mit den Ländern abgestimmt, da man hier einheitlich wollte. Der Bund braucht aber nicht zwingen die Zustimmung von Land. Umsetzung der Reform wird Jahre dauern.

Das was der Landkreis jetzt zu verantworten habe, sei zu 95 Prozent Ausfluss aus der Bundes- und Landespolitik, so KR Grundler. In den letzten sechs Jahren habe man einen Finanzierungsbedarf von fast 120 Millionen Euro für die Kliniken zu verzeichnen. Dies bringe die Kommunalen Haushalte bis ans Limit. Daher sei es ein wichtiger Schritt gewesen, die Trägerstruktur so festzulegen, dass alle drei Gesellschafter gleichberechtigt sind. Vor allem in der Notfallrettung müsse man den Ist-Zustand betrachten und was zukünftig noch möglich wäre. Wichtig für Ihn sei die Mitnahme des Personals und der Patienten in den weiteren Prozess.

KR Schmidt sehe es als Mehrwehrt für den Landkreis, dass das Gremium aus rein demokratischen Parteien bestehe. Auch müsse man den Aspekt nutzen, dass sich das Gremium aus den Regierungsparteien zusammensetze. Diese Beziehungen müsse man optimal nutzen.

Krankenhauspolitik sei keine Wunschzettelaktion, so KR Stahl. Das wichtigste, was jetzt erwartet werde, ist die bedingungslose Ehrlichkeit gegenüber den Bürgern. Die Krankenhauspolitik befinde sich in einer Strukturveränderung, man könne daher nicht mehr alle Bereiche anbieten. Wenn man diese Strukturänderungen aber nicht aufgreife, dann werde man hier verlieren. Er wünsche sich weiterhin die Motivation der Bürger, für die Krankenhäuser im Landkreis Tirschenreuth einzustehen.

Für KR Schäffler gehöre zur Ehrlichkeit, dass man klar sagen müsse, es könne nicht so bleiben wie bisher. Von der Politik fordere man Sachlichkeit und Verlässlichkeit in den Aussagen. Es bringe daher nichts, den Bürgern das zu sagen, was sie hören wollen. Man müsse sich der Diskussion stellen und auch an den Informationsdefiziten arbeiten.

Die Fraktionen bitten darum, die Pressemitteilung dem gesamten Kreistagsgremium zu Verfügung zu stellen.

Um 16:40 Uhr endet die öffentliche Sitzung.

Anschließend findet eine nichtöffentliche Sitzung statt.